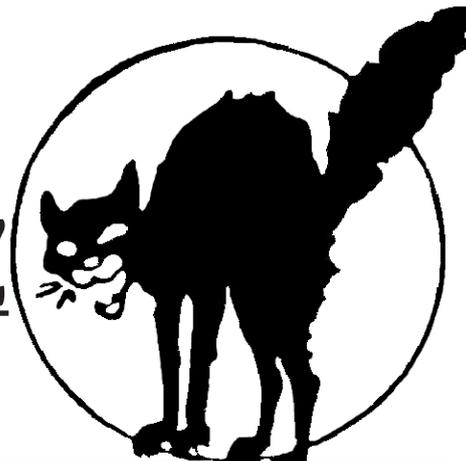


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Arbeit – Freizeit – Tätigkeit

Wie so oft vor dem 1. Mai muss ich mir wieder einmal die Frage stellen, ob ich einen Tag frei nehmen soll, um den Tag der Arbeit zu begehen.



Der 1. Mai ist eine gute Gelegenheit wieder einmal über die Bedeutung von Arbeit und unsere Selbsterfahrung mit Arbeiten nachzudenken. Klar denke ich beim Begriff Arbeit vor allem an mein Anstellungsverhältnis, was von mir erwartet wird und was ich mir gefallen lassen will. Gesellschaftlich betrachtet sind von diesen Fragen jedoch kaum die Hälfte der Menschen hierzulande angesprochen. Das Konzept *Arbeiten* dagegen prägt zunehmend auch Nicht-Lohnarbeitende. Jugendliche müssen in der Schule Leistungen erbringen, die zum Teil vertraglich mit den Lehrpersonen vereinbart werden – statt den Fokus auf Lernen und Erfahren zu richten. Pensionär_innen erfahren immer weniger Respekt für die in der Vergangenheit getätigten Leistungen und trotz regelmässigen Leistungs-

senkungen der AHV glauben viele, dass Armut im Alter mit fehlender Leistungsbereitschaft während dem Erwerbsleben verknüpft ist. Arbeitslose oder Arbeitsfähige müssen ein Dauerprogramm von „Unterstützungs-“ oder „Beschäftigungsprogrammen“ überstehen, die letztlich vor allem Arbeitsplätze für andere darstellen, ihren Jobaussichten aber kein bisschen weiterhelfen. Alle diese Gruppen summieren sich zu einem beträchtlichen Prozentsatz der Gesellschaft auf. Umso absurder klingt der gesellschaftliche Tenor, dass eine Person ohne Arbeit keinen Wert hat. Denn Arbeit betrifft eben nicht mehr nur Arbeiten. In einer quasi-religiösen Manier werden Leistungsbereitschaft und Arbeitswille herbeigebetet, als ob das Hauptproblem auf individueller Ebene gesucht

(weiter auf Seite 2)

Mai/Juni 2015

Nr. 36, 6. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Die Macht eines Wortes 3

Der Begriff „Terrorismus“ als Hilfsmittel zur Bekämpfung politischer Feinde

Menschenmeer in Bern 5

Ende März demonstrierten mehrere Hundert Schüler_innen gegen Sparmassnahmen in der Bildung.

„Die Freiheit muss kultiviert werden“ 8

Die Lage in Tunesien vier Jahre nach dem Beginn des „arabischen Frühlings“

We are getting old 9

a reflection on forms of protest and resistance

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Ein weiteres Mal gehen am 1. Mai auf der ganzen Welt Arbeiter_innen auf die Strasse, um den Tag der Arbeit (eigentlich heisst er ja Tag der Arbeiter_innen) zu begehen. In einigen Orten ist der 1. Mai bloss noch ein gut eingespieltes Ritual, eine Tradition vergleichbar mit der Fasnacht. Viele gehen hin, weil sie schon immer hingingen, andere, weil es von ihrem Arbeitsgeber verlangt wird. Doch kämpferisch ist der Tag, zumindest in der Schweiz, schon länger nicht mehr. Doch die Fassade des sozialen Friedens macht uns etwas vor – es gibt immer noch genügend Gründe, sich zu organisieren und zu kämpfen: gegen die Schliessung des Betriebs, wie bei Pavatex, gegen verschärfte Arbeitsbedingungen, wie bei den Genfer Verkehrsbetrieben oder – und das geschieht in unseren Breitengraden viel zu wenig – für bessere Arbeitsbedingungen. Dass solche Kämpfe nur selten stattfinden, ist kein Wunder, wenn alle selbst ernannten Vertreter_innen der Arbeiter_innen, von den Sozialdemokrat_innen zu den Gewerkschaften, sich wohligh in der Sozialpartnerschaft eingerichtet haben und bloss noch die jetzige Situation verwalten wollen. Die Vision einer komplett anderen Gesellschaft ist ihnen längst abhanden gekommen. Da uns allen der Merksatz der Neoliberalen („Es gibt keine Alternative“) eingehämmert wird, träumen wir immer seltener. Und das ist verheerend: 1886 ist der Ursprung des Kampftages der Arbeiter_innen. Damals kämpfte in Chicago eine Bewegung für den Achtstundentag – etwas, das in Zeiten von Deals zwischen Stadler-CEO Spuhler und Unia-CEO Pardini zur Verlängerung der Arbeitszeiten wieder nötig wird. Wir arbeiten fast alle schon mehr als 8 Stunden am Tag, also 40 Stunden die Woche. Mit Risotto und dem Absingen der Internationalen ist es nicht gemacht. Organisieren wir uns auf verschiedenen Ebenen und erkämpfen wir uns jetzt das schöne neue Leben!

Eure FAUistas

werden könnte und mit dem richtigen Glauben behoben würde. Als ob Fragen der Arbeitsorganisation und -teilung oder die Wegrationalisierung traditioneller Arbeiten nicht im Zusammenhang mit Automatisierung und Digitalisierung stünden. Als ob der Erhalt eines Lohnes die Arbeit



wertvoll macht, während Tätigkeiten ohne Lohn für Freizeit und Spass stünden – ohne Einfluss durch Genderrollen.

Vorstellungen von Arbeit

Der Kampf der Arbeiter_innen ist mehrheitlich von Forderungen für die Veränderung der Arbeitsbedingungen geprägt, nicht deren Abschaffung. Weniger Arbeitszeit und mehr Lohn waren immer Teil des Forderungskatalogs. Die „relevanten“ Systemänderungen (8.5-Stunden-Tag, AHV, IV, Arbeitsrechte und nicht viel mehr) wurden aber nie durch nettes Bitten eingeführt. Hinter den Forderungen standen meist radikale Selbstverständnisse und Gesellschaftsmodelle. Heute beugen viele einem möglichen Kampf vor, in der Meinung, dass sie zwar für mehr Lohn oder einen Sozialplan kämpfen können, aber immer auch dankbar sein müssen, dass sie wenigstens einen Job haben. Oder wenigstens einen hatten, und mit der Entschädigung nicht direkt in die Mühlen der Arbeitsprogramme und Beschäftigungsmassnahmen kommen. Der Glaube an die Möglichkeit der Selbstgestaltung von Arbeit, an eine umfassende Neugestaltung von produzierenden Tätigkeiten und der direkten Inwertsetzung der Arbeiter_innen ist auf dem Weg abhanden gekommen.

Im *Manifest gegen die Arbeit*¹ kehrt die Gruppe Krisis den Spiess um. In ihrer Analyse stellen sie Arbeit als gesellschaftliches Zwangsprinzip dar. Sie widersprechen der traditionellen Linken, welche die Arbeit „befreien“ will und beschreiben Arbeit als Teil des kapitalistischen Systems. Die Emanzipation der

Arbeiter_innen oder die Verknüpfung von Arbeit und Selbstwert ist eine Selbsttäuschung. Arbeit ist gemäss Krisis ein Ausbeutungsmechanismus mit zunehmend religiösen Zügen. Dies ausgerechnet (aber nicht wirklich überraschend) in dem Moment, wo seine Bedeutung ausgehöhlt und pervertiert wird. Die Arbeiter_innen, die Ende 19. und Anfangs 20. Jahrhundert für ihre Rechte kämpften, stellen in der Perspektive von Krisis nicht die Vorreiter_innen dar, sondern sind die, die aufgegeben haben und nur noch für bessere Verhältnisse kämpften, während die Unruhen und Kriege zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert den Willen der Menschen gebrochen haben. In dieser Zeit haben die Menschen unter Zwang gelernt, sich dem Regime der Arbeit anzupassen.

Dieses Regime gilt heute fast allen als heilige Kuh. Akteure aus Wirtschaft und Staat predigen mit derselben Bibel in der Hand und verbreiten ihre sektierischen Heilsversprechen. Ob dabei die neoliberale Wirtschaft mit weniger Staat oder staatliche Arbeitsmarktförderungen im Vordergrund stehen, spielt weniger eine Rolle als die dadurch erreichte Ver-

¹ Gruppe Krisis 1999 (dritte Auflage von 2004).

(weiter auf Seite 6)

Die Macht eines Wortes

Der Terrorismusbegriff erwies sich in der Vergangenheit und Gegenwart als äusserst effektiv zur Bekämpfung von politischen Feinden.

„In der Nacht auf Samstag haben wir die Bullenwache beim Waisenhausplatz, das Regionalgefängnis Amthaus Bern und die dort parkierten Polizeiautos angegriffen. Mit Farbe, Sprays und kaputten Scheiben haben wir unsere Wut gegen dieses kranke System ausgedrückt.“ Mit diesen Worten begann die Medienmitteilung, welche unter dem Namen „für die Anarchie“ auf Indymedia Schweiz veröffentlicht wurde. Gemeint waren die Farbanschläge am 21. Februar in Bern. Was als Protestaktion gegen die Polizeigewalt gedacht war, entpuppte sich jedoch schon schnell als ein Schuss, der nach hinten losging: Die Medien gingen nicht etwa auf die erhobenen Vorwürfe ein – wie den mysteriösen Tod eines Häftlings eine Woche zuvor im Amtshaus oder die sehr rassistischen Razzien unter anderem auf dem Vorplatz der Reitschule –, sondern stürzten sich vielmehr auf die Geplantheit der Aktion. Wurden die Vorwürfe gegen die Polizei in den ersten Medienberichten noch beiläufig erwähnt, konzentrierte sich die Berichterstattung schon bald auf die Gewalt als Mittel. Die Spitze bot Steinegger vom Verband der schweizerischen Polizeibeamten, als er die Attacke als Terrorismus nach EU-Definition bezeichnete. Diese 2001 verabschiedete Definition umfasst Taten die „beabsichtigen, eine Bevölkerung ernsthaft zu bedrohen oder Behörden oder eine internationale Organisation dazu zu zwingen, etwas Bestimmtes zu tun oder zu unterlassen, oder die fundamentalen politischen, verfassungsgemäßen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation zu destabilisieren oder zu zerstören.“ Die Aktion schien dabei jedoch nicht gegen die Bevölkerung gerichtet zu sein und zweitens lag der Aktion keine konkrete Forderung, sondern vielmehr ein Protest zugrunde. Die Definition umfasst auch Angriffe auf die Unversehrtheit von Personen und es kam tatsächlich ein Polizist zu Schaden.¹ Dass nun aber ein Farbanschlag mit Sachbe-

schädigungen definitionsgemäss plötzlich auf gleicher Stufe wie die Attacken auf Charlie Hebdo oder dem 11. September stehen soll, mutet seltsam an und weist einerseits auf die Mängel und andererseits auf die Macht der Definition hin.

Wer ist denn eigentlich Terrorist_in?

Stossend an dieser Definition ist der Teil, dass man wirtschaftliche und soziale Strukturen destabilisieren respektive ernsthaft verändern oder zerstören will: Denn damit befinden sich gerade viele linksradikale und sozialrevolutionäre Gruppierungen plötzlich in einer Definition von Terrorismus wieder. Jeder Streik ist (in kleinem Masse) ein Angriff auf die Strukturen. Jede Demonstration – ob nun

Ausserdem wurde die Definition erweitert. Wird im Volksmund von Terrorismus geredet, wenn Staaten oder die Bevölkerung angegriffen wurden, zählen in der Definition auch internationale Organisationen zu den potenziellen Opfern von Terrorismus. Theoretisch wäre es also möglich, die Anti-WEF-Demonstrationen als terroristischen Akt zu bezeichnen. Man setzt also private Organisationen auf gleiche Stufe mit dem „Volksvertreter“ Staat und der Bevölkerung, ein vielleicht unbeabsichtigtes Eingeständnis der herrschenden Verhältnisse.

Terrorismus als Legitimation

Nach den Anschlägen vom 11. September auf das World Trade Center stieg die



Die Macht der Definition

bewilligt oder nicht – will den Staat oder eine Organisation mindestens zu einer Verhaltensänderung zwingen. Jede Tat von Anarchist_innen – ob nun gewalttätig oder friedlich – ist gegen den Staat gerichtet und somit Terrorismus. Eine solche Definition ist also an sich bereits eine Wertung des Anarchismus als illegitim und somit hoch politisch. Natürlich betonte die EU, dass die Definition keinen Angriff auf die Versammlungs- oder die Gewerkschaftsfreiheit bedeutet. Spätestens wenn eine Terrordefinition solche Grundsätze betonen muss, sollten die Alarmglocken klingeln. Ausserdem sind jene Ausnahmen genau so schwammig definiert wie der Terrorismus selbst.

Furcht vor erneuten Angriffen. In einer Atmosphäre der Angst verabschiedete die Regierung Bush den *Patriot Act*, der die Kompetenzen der Polizei- und Geheimdienste massiv erweiterte. Alles für den Schutz der Bevölkerung. Diese massive Kompetenzausweitung – welche auch unter Obama weitergeführt wurde und wird – und das schiere Vertrauen in diese Dienste ermöglichte erst das Überwachungsprogramm Prism der National Security Agency (NSA). Damit konnte der Geheimdienst ohne jegliche demokratische Kontrolle Internet- und Telefonda-

¹ Auf die Schwere der Verletzung wurde jedoch nie eingegangen, es wurde lediglich ein Spitalbesuch genannt, was von einer Schramme bis zu einem Armbruch alles umfassen kann. Schwere Verletzungen wären sicherlich bereitwillig preisgegeben worden.

(weiter auf Seite 4)

Die Macht eines Wortes (von Seite 3)

ten sammeln und auswerten, selbst ohne konkreteren Tatverdacht.

Die politische Dimension der Definition zeigte sich auch in Spanien, wo im Rahmen der *Operation Pandora* mehrere Anarchist_innen wegen Terrorverdachts festgenommen und schlussendlich auch wie Terrorist_innen behandelt wurden. Am 16. Dezember 2014 überfielen dabei mehrere Bundespolizeieinheiten im grossen Stil besetzte und private Häuser und



Auf welcher Seite der Türe stehen nun die verummten Terrorist_innen?

soziale Zentren in Barcelona Sabadell, Manresa, und Madrid. Der Vorwurf: Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und Anstiftung zum Terrorismus. Konkrete Tatvorwürfe gab es nicht, vielmehr antwortete der Richter, er untersuche die Organisation und die Gefahr, welche sie in Zukunft darstellen könne. Die Begründung für die weitere Inhaftierung von sieben Anarchist_innen war dann unter anderem auch, dass sie einen riseup-Account hatten, welcher „extreme Sicherheitsmassnahmen“ beinhalte. Nach dieser Logik ist jeder Mensch, der seine Privatsphäre schützen will, wahrscheinlich Terrorist_in. Am 30. März kam es im Zuge der *Operation Piñata* zu weiteren Durchsuchungen und Festnahmen. Beide Male war das erklärte Ziel das Netzwerk Grupos Anarquistas Coordinados (GAC).

In einem kleineren Rahmen geschah das gleiche in Bern. Mit der Begründung, Hinweisen und Personen des Farbanfalls vom 21. Februar nachzugehen, wurden am 1. April zwei Hausbesetzungen in Bern und Ostermundigen durchsucht. Danach wurde von beiden Kollektiven heftige Vorwürfe gegen die Polizei erhoben. Der Durchsuchungsbefehl wur-

de gar nie gezeigt, die Polizei drang verummmt und mit gezogenen Waffen ein, beschädigte vorsätzlich Gegenstände und verband den Anwesenden die Augen. Die Mediensprecherin der Polizei meinte zum letzten Punkt lediglich, dass dies eher eine ungewöhnliche Massnahme sei. In der Tat war die ganze Aktion „un-gewöhnlich“, mutete die Szene doch eher wie ein Antiterrorereinsatz à la Hollywood an, wenn nicht gar wie ein Vergeltungsschlag. Schon im Vorfeld des Farbanfalls gab es immer wieder Meldungen

von Polizeigewalt und Willkür, wenn zum Beispiel Sprayer_innen drei Tage in U-Haft gesteckt wurden, Polizist_innen im Zusammenhang mit Razzien die Waffe auf Jugendliche richteten oder, wie bei den Protesten zur Miss-Schweiz-Wahl 2014, sich Jugendliche auf dem Posten ohne ersichtlichen Grund nackt ausziehen mussten. Auch dies nannte die Pressesprecherin „eher ungewöhnlich“. Ob solche Aktionen wie gegen den Waisenhausposten nützlich oder schädlich, gut oder schlecht sind, sei dabei dahingestellt.² Aber die Polizei war nicht so unschuldig oder gar in der Opferrolle, wie sie sich gerne gibt.

Kein neues Phänomen

Der Einsatz des Schlagworts Terrorismus zur Bekämpfung politisch unliebsamer Gegner_innen ist längst kein neuzeitliches Phänomen. Nachdem an den Haymarket Square Riots am 4. Mai 1886 in Chicago eine Bombe in der Menge ex-

plodierte,³ folgte eine Welle der Repression, namentlich das Todesurteil gegen 7 Organisatoren des Streiks, in dessen Verlauf die Bombe explodierte. Wirkliche Beweise für einen Zusammenhang zwischen den Organisatoren und der Bombe gab es nicht.⁴ Es folgte eine Zeit der Verfolgung aller Sozialist_innen. Auch schon früher wurde die „Bekämpfung des Terrorismus“, oftmals wegen Attentaten einzelner, zur Zerstörung anarchistischer und sozialistischer Gruppierungen genutzt.

Neu daran scheint jedoch, dass sich die jetzigen Repressionsakte hinter dem Krieg gegen den islamistischen Terrorismus verstecken, also einer Strömung, deren Forderungen kaum weiter vom Anarchismus entfernt sein könnten. Jährlich werden neue Anti-Terrorgesetze erlassen und den Geheimdiensten neue Kompetenzen zugesprochen. So stimmten Mitte März 154 zu 33 Nationalrät_innen für das Eintreten auf die Vorlage für ein neues Nachrichtendienstgesetz. Also genau jenem Nachrichtendienst, welcher mit dem Fichenskandal 1989 schon starker Kritik ausgesetzt war. Damals flog auf, dass die Bundespolizei zwischen 1900 und 1990 mehr als 900'000 Akten zu Personen und Organisationen angelegt hatte. 2010 kam erneut heraus, dass der Nachrichtendienst des Bundes mehr als nur verdächtige Personen fichiert hatte. Genau diesem NDB sollen nun Kompetenzen gewährt werden. Besonders die Kabelüberwachung würde es dem NDB erlauben, die Bevölkerung im Internet auszuspionieren, obschon die Ressourcen für ein kleines PRISM bisher fehlen. Natürlich wird nun die Kontrolle hervorgehoben, aber die Vergangenheit zeigte zu oft, dass sich ein Geheimdienst nicht gerne in die Karten schauen lässt, stets mit dem hehren Krieg gegen den Terrorismus legitimiert. Es herrscht immer noch der Gedanke wie ihn die FDP-Nationalrätin Corine Eichenberger äusserte: „Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit“. Doch die Sicherheit vor dem Terrorismus forderte stets genau jenes Opfer, das sie vorgibt zu schützen. Denn Überwachungsstaat und Freiheit sind zwei entgegengesetzte Begriffe.

FAT

³ Welche Seite diese geworfen hat, ist bis heute ungeklärt.

⁴ Anlässlich der Haymarket Affair wurde der 1. Mai, der Start des Streiks, zum internationalen Tag der Arbeit erklärt.

Menschenmeer in Bern

Am 24. März demonstrierten auf dem Berner Rathausplatz über 500 Schüler_innen gegen das Vorantreiben der Sparmassnahmen im Bildungssektor des Kantons Bern, die trotz einem Überschuss von 212 Mio. umgesetzt werden.

Am Dienstagmorgen, den 24. März, demonstrierten 500 bis 600 Schüler_innen von fünf Gymnasien des Kanton Berns und der öffentlichen Fachmittelschule auf dem Rathausplatz in Bern gegen die finanziellen Kürzungen im Bildungssektor. Das „Menschenmeer für Bildung“ war trotz der bereits beendeten Session des Grossen Rats, was zumindest die Anzahl der Teilnehmenden anbelangt, ein Erfolg.

Im Vorfeld wurde an mehreren Delegiertenversammlungen, an denen jeweils verschiedene Schüler_innen der teilnehmenden Schulen teilnahmen, der Schüler_innenstreik besprochen und organisiert. Den Anfang bildeten einige Gymnasiast_innen des Gymnasiums Lerbermatt in Köniz. Sie fanden, dass es an der Zeit war, ein deutliches Zeichen von Seiten der Schüler_innenschaft zu setzen. Von den jungen Menschen also, die unmittelbar von diesen finanziellen Einsparungen betroffen sind. Über die Form, wie protestiert werden sollte, wurde man sich nach verschiedenen Abklärungen einig. Dort wo die finanziellen Angelegenheiten behandelt werden und wo über unsere Zukunft im Bildungswesen entschieden wird, sollte ein Meer von Menschen zusammenkommen.

Kritik im Vorfeld

Der Schüler_innenstreik wurde nach der Bekanntgabe und dem ersten Aufruf von mehreren Seiten stark kritisiert. Zum einen sicherlich, und auch nicht weiter überraschend, vom mittleren bis rechten Lager, das die weitergezogenen Sparmassnahmen im Kanton Bern, aus bürgerlichen Interessen und anderen Gründen weiter durchdrücken will. Auch von Seiten einiger Lehrer_innen wurden Stimmen laut, die die Form dieses Protests sehr in Frage stellten. Eines der Hauptargumente dabei war, ob eine Verweigerung der Schule, der Forderung nach mehr Bildung und Investition in die

nachfolgenden Generationen, nicht mehr schaden würde, als diese zu unterstützen.

In meinen Augen ist ein Streik jedoch eine sehr wirkungsvolle Form von Protest, die seit jeher eingesetzt wird, um die eigenen Rechte einzufordern und zu zeigen, was es bedeutet, wenn eine grosse Anzahl von Menschen die Arbeit oder in diesem Fall den Schulunterricht niederlegt. Klar stehen wir Schüler_innen in keinem offiziellen Arbeitsverhältnis, das Prinzip ist jedoch das Selbe: ohne Schüler_innen keine Schule!

Laut und kämpferisch?

Als Form des Protests wurde nach mehreren Abklärungen, Diskussionen und Bewilligungsgesuchen, die Platzkundgebung auf dem Rathausplatz gewählt. Es wurden



Rathausplatz Bern, 24. März 2015

mehrere Redner_innen eingeladen, unter anderem Grossrat Blaise Kropf von den Grünen. Einerseits ist es sicherlich so, dass durch eine gut durchgeplante Platzkundgebung mit Redner_innen von verschiedenen Parteien auch Schüler_innen mitgerissen werden, die sich im Vorfeld weniger aktiv politisch engagiert haben. Eine Platzkundgebung ist etwas geordnetes, strukturiertes, man bleibt wie der Name schon sagt am Platz. Die Menschen sind nicht in Bewegung. Genau das war aus meiner Sicht das Problem: Gesamthaft waren wir ungefähr 600 junge Leute, die lauthals durch die Strassen hätten ziehen können, um unserem Ärger freien Lauf zu lassen. Sicherlich wäre eine Demonstration zu dieser Uhrzeit

nicht im grossen Rahmen bewilligt worden, aber ist das ein Hinderungsgrund?

Mir persönlich haben die Beiträge der Schüler_innenschaft der einzelnen Gymnasien sehr gut gefallen, weil sie alle sehr einfallsreich waren und man gespürt hat, weshalb sie an dieser Veranstaltung teilnehmen. Es kamen auch Leute zu Wort, die von sich selbst sagten, dass sie sich ansonsten eher wenig mit Politik beschäftigten. Beispielsweise die eher zurückhaltende Brillenträgerin, die voller Elan das Protestorchester dirigierte.

Klar handelt es sich bei den Sparmassnahmen um ein parlamentarisches Thema, aber ich finde es sehr trügerisch vor versammeltem Publikum zu propagieren, dass wenn man brav abstimmen geht, alles gut wird

und wir alleine ja die Zukunft in der Hand haben. In der Hand haben wir die Zukunft auf jeden Fall, wir sind die Zukunft, aber es wird sich zeigen, wie sich diese junge Generation in eben dieser Zukunft verhalten und positionieren wird.

Ich hoffe, dass es künftig mehr kritische Stimmen gibt, die dieses Schul- und Staatssystem hinterfragen und sich rücksichtslos die Strassen nehmen, wenn es darum geht für die eigenen Rechte zu kämpfen und für die eigenen Forderungen einzustehen. Solange es solche jungen Menschen gibt, die dies tun, sich auflehnen und sich zur Wehr setzen, besteht Hoffnung.

gfl

Arbeit - Freizeit (von Seite 2)

schleierung des tatsächlichen Zwecks des kapitalistischen oder neoliberalen Arbeitssystem. Es ist schade, dass sie dabei auch die Diskussion über die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und unseren Umgang mit der Bedarfsbefriedigung übertönen.

Für die Gruppe Krisis ist es gar so, dass aufgrund der jahrhundertelangen Indoktrination der Arbeitsbegriff nicht mehr anders gedacht werden kann. Arbeit ist etwas, um Geld zu machen. Dafür disziplinieren sich die Menschen heute sogar selber. Arbeit ist Pflicht und unabhängig von unseren täglichen Stimmungen und Bedürfnissen. Letztlich tragen wir das Verständnis von Arbeit in all unsere Lebenslagen. Noch immer würden wir halbwegs neidisch auf Midas äugen, ohne wirklich an einen Fluch zu glauben. Alles in Gold zu verwandeln ist doch klar ein Segen? Dabei bedroht der allgegenwärtige Konsumzwang die Menschen, ähnlich wie König Midas von der Unmöglichkeit zu essen beinahe aufgezehrt worden wäre.

Dies verdeutlicht die Notwendigkeit vom Konzept Arbeit Abstand zu nehmen und es radikal neu zu denken. Anstatt also immer weiter alles in die kapitalistische Sphäre aufzunehmen, gilt es, auf kollektiver Basis herauszufinden, was notwendig und erwünscht ist.

Gesellschaftlich notwendige Arbeit

Einer der radikalsten Rechnungen, um die Arbeit auf gesellschaftlicher Ebene in Frage zu stellen, macht Darwin Dante. Sein Ziel ist es herauszufinden, wieviel Arbeitszeit notwendig ist, den aktuellen Lebensstandard in einer Bedarfswirtschaft zu reproduzieren. Seine Untersuchung kommt zum Schluss, dass wir nur einen Bruchteil der heutigen Arbeitszeit benötigen würden. 1992 veröffentlichte Dante den ersten Band seiner *5 Stunden sind genug*-Reihe. Darin berechnet er aufgrund deutscher Wirtschaftszahlen von 1988 die notwendige Arbeitszeit. Je nach Massnahmen (Wegfall des Finanzsektors, langlebigere Materialien und Produkte etc.) und der Bereitschaft, unsere Bedürfnisse umzuformen, müssen wir 18 oder auch nur 5 Stunden die Woche ar-

beiten. Bei einem derart radikalen Ziel ist klar, dass einige Annahmen leicht zu kritisieren sind. Vor allem die Ausdehnung der deutschen Zahlen auf die globale Bevölkerung verdeutlicht den utopischen Charakter seiner Theorie. Ob eine bedarfsorientierte Wirtschaft zum Beispiel durch reine Transportmassnahmen funktionieren kann oder ob anstelle des Finanzsektors ein Pla-

die Produkte qualitativ zu verbessern und damit unter anderem auch deren Langlebigkeit zu erhöhen. So bestünde in diversen Wirtschaftszweigen deutlich geringere Nachfrage. Weitere Wirtschaftszweige fallen weg, weil sie „künstliche“ Bedürfnisse befriedigen (wie der Ersatz von Gütern aufgrund von Modetrends) oder sie sind direkt mit den Unsinnigkeiten des bestehen-



nungs- und Verteilmechanismus notwendig ist, sind Fragen, die von Dante unter dem sozialen Wandel zusammengefasst werden, der bei einer derartigen Umgestaltung nötig wird. Ein anderer wichtiger Kritikpunkt betrifft die Definition von Arbeit. Aufgrund der Datenquellen übernimmt er weitgehend die bestehende Definition. Gleichzeitig schlägt er gravierende Änderungen vor. Was zukünftig in den Begriff Arbeit hineingepackt wird, bleibt offen.

Das Fazit der Möglichkeit einer drastischen Arbeitszeitreduktion ist von der Kritik nicht betroffen. Automation und Digitalisierung erlauben direkt die Reduktion der menschlichen Arbeitszeit. Hinzu kommen die Möglichkeiten,

den Arbeitsmarktes verbunden (wie Beschäftigungs- und Betreuungsprogramme oder Freizeit- und Dienstleistungsangebote). In der Realität dürfte die Unterscheidung in sinnig und unsinnig allerdings deutlich schwerer fallen, da die individuelle Wahrnehmung zum Teil weit weg von einer gesellschaftlichen Sichtweise ist.

Unsinnige Beschäftigung

Über die Schwierigkeit dieser Unterscheidung schrieb auch David Graeber² Dazu führt er die Prognose von M.

² On the phenomenon of bullshit jobs (2013), www.strikemag.org/bullshit-jobs/

Keynes an, der 1930 eine 15-Stunden-Woche für das Jahr 2000 voraussagte. Dabei habe er nur die Konsumgüter nicht beachtet. Anstatt weniger Arbeit hätten wir nun also „Bullshit-Jobs“. Das sind Arbeitsplätze, die von den Arbeiter_innen als zutiefst sinnlos und vor allem überflüssig wahrgenommen werden. Das Wichtige an seiner Darstellung ist, dass er nicht wie Dante zu definieren versucht, welche Jobs sinnvoll sind, sondern die Selbsterfahrung der Arbeiter_innen in den Vordergrund rückt. Auffällig ist dabei, dass vor allem die Arbeiter_innen in den „neuen Ökonomien“ zu dieser Selbsteinschätzung gelangen. Das Perverse, so Graeber, sei der weit verbreitete Glaube, dass es so sein müsse. Vielleicht liegt das an der Komplexität des globalen Ganzen, wir sind eventuell nicht mehr in der Lage, die Arbeitsteilung zu verstehen. Das System macht Sinn, so glauben viele, auch wenn ihre eigene Lebenserfahrung etwas anderes sagt. Lieber glauben die Menschen an die verborgene Hand der Wirtschaft, als dass sie ihre Alltagserfahrung als Basis für Kritik und Handeln nehmen. Ein Blick auf die Produkte im Angebot zieht die selbstentwertenden Einschätzungen über den „Produktionsbeitrag“ der Arbeiter_innen aber in Zweifel. Das ganze klingt in diesem Zusammenhang so, als ob jemand eine sinnlose Ökonomie planen würde, um die Menschen bei der Arbeit zu halten. Graeber distanziert sich durch den Hinweis auf die langsame Veränderung des Systems von dieser Sicht.

Anstatt sich auf eine Verschwörungstheorie zu stürzen und die Schuld bei anderen zu suchen, gilt es, das Problem in den fehlenden und fehlgeleiteten Kriterien der Wirtschaftsentwicklung zu sehen. Anstatt dass die Nützlichkeit eines Produkts im Vordergrund steht, geht es um die Abschöpfung des Mehrwerts. Nur so kann das immer wieder angepriesene Postulat aufrecht erhalten werden, dass der Kapitalismus, egal ob klassisch oder neoliberal, ein selbstregulierendes System ist. Wie das folgende Beispiel der Freizeitindustrie zeigt, ist diese Selbstregulierung mit Expansion verbunden.

Eine der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Widerspruch* (Nr. 3, 1982) widmete

sich dem Thema Arbeit und Freizeit. Es wurde der Frage nachgegangen, was die Verbreitung der Computer, die Digitalisierung, für Folgen haben wird. Leider stand die Krisenhaftigkeit der drohenden Arbeitslosenproblematik im Vordergrund. Die Möglichkeit von



mehr Freizeit und die Prognose, dass im Jahr 2000 die Freizeitindustrie die grösste Branche der Wirtschaft sei, bewegte Ueli Mäder zur Auseinandersetzung mit dem Freizeitbegriff. Zuerst betont er die Täuschung hinter dem Begriff der „freien Zeit“, der eigentlich viel mehr bedeuten könnte als die Zeit der Nicht-Arbeit. Dann beschreibt er die Integration der Freizeit in die kapitalistische Sphäre. Nicht genug also, dass Freizeit heisst, sich FÜR die Arbeit zu erholen. Die Erholung ist nun auch noch Teil der Wirtschaft, mit endlosen Möglichkeiten Erholung zu konsumieren. Räume ohne Gebühren- und Konsumzwang werden dabei rar. Viel wichtiger als die Grösse der Branche an sich ist also die Durchdringung unseres Alltags. Dabei entsteht eine Konzeption von Arbeit und Freizeit als Endlosschleife der Wertschöpfung. Solange wir bereit sind, daran Teil zu haben.

Raum für Tätigkeit

Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen ist von Grund auf ein zirkulärer Prozess, das ist auch für die bedarfsorientierte Wirtschaft vorgegeben. Anders als im Kapitalismus sucht letztere den Grund jedoch nicht als Nebensache des Systems zu definieren. Die Frage betrifft heute vielmehr den Umstand, wie wir so wenig Aufwand wie möglich in den Produktionszyklus stecken können, damit wir mehr Raum für andere Tätigkeit haben, damit wir endlich mal wieder über einen Sinn des Lebens ausserhalb von verdummenden Arbeitstätigkeiten nachdenken können.

Ob wir dabei Darwin Dantes Weg der totalen Optimierung von Arbeit beschreiten oder den Ansatz über die Krisis-Gruppe wählen und den Zwangs- und Herrschaftsaspekt von Arbeit ausmerzen wollen, sollte letztlich eine unbedeutende Rolle spielen. Denn Graebers Beobachtungen sind Fakten, viele Menschen nehmen ihre Arbeit als sinnlos wahr, egal ob dies aus einer gesellschaftlichen oder einer arbeitsteiligen Perspektive zu begründen ist. Darin liegt also das grundsätzliche Potential, aus der Analyse der heutigen Arbeit sinnvolle und notwendige Komponenten zu isolieren, um die Grundlage für eine neue Arbeiter_innenbewegung zu schaffen. Als Anarchosyndikalist habe ich mich der Grundhaltung angeschlossen, welche die Arbeitsteilung als eine gesellschaftliche Notwendigkeit betrachtet und die Gesellschaft sinnvollerweise entlang solcher Produktionsmuster organisieren möchte. Daher gibt es für mich keinen Weg zurück ins 16. Jahrhundert vor die Durchsetzung der Arbeitsmoral, wie sie die Krisis-Gruppe beschreibt. Erfolgreiche Bewegungen beziehen sich auf Elemente und Erfahrungen aus der Vergangenheit, ihren Erfolg verdanken sie aber meist einer gangbaren und konsensfähigen Zukunftsprognose. Es ist nicht so, dass die Errungenschaften der Arbeiter_innen keinen Feiertag Wert wären. Anstatt jedoch nur die Vergangenheit zu feiern, könnten auch Erfahrungen als Beruf und Alltag ausgetauscht werden, auf der Suche nach einer neuen Tätigkeitsgrundlage.

„Die Freiheit muss kultiviert werden“

Vor über vier Jahren begannen in Tunesien die Ereignisse, welche als arabischer Frühling bekannt geworden sind. Di schwarzi Chatz sprach mit tunesischen Anarchist_innen über die aktuelle Lage in ihrem Land.

Seit der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 und der darauffolgenden Revolution gegen den Diktator Ben Ali prägt das Bild des arabischen Frühlings die Vorstellungen der Europäer_innen von Tunesien. Doch vier Jahre nach dem Umsturz festigt sich der Staat wieder und die sozialen Bewegungen verebben. Gleichzeitig erstarken in Tunesien rechtsreligiöse Bewegungen und es ziehen hunderte junger Tunesier in den Irak, nach Syrien und Libyen, um mit den Salafisten zu kämpfen. Ausdruck davon ist der Anschlag auf das Bardo-Museum am 18. März 2015 und die Auseinandersetzungen in den Grenzgebieten zu Libyen und Algerien. Es gibt auch ein anderes, libertäres Tunesien: In der Zeit als Ben Ali gehen musste und der Staat kurzfristig etwas ins Wanken kam, organisierte sich in Tunesien, wie in ähnlichen Situation in anderen Ländern des südlichen Mittelmeers, eine anarchistische Bewegung. Sie rekrutierte sich aus jungen Aktivist_innen der Bewegung gegen Ben Ali und früheren Mitgliedern von marxistischen Parteien jeglicher Schattierung, die von ihren Organisationen enttäuscht waren – oder während der Revolution den Staat als Monstrum erlebten.

„Die tunesische Revolution hat nichts geändert“, berichtet ein Aktivist aus der im Landesinneren liegenden Stadt Sidi Bouzid. Die zwei Wahlen hätten bloss gezeigt, dass es statt dem Ben-Ali-Regime nun eine Allianz der religiösen und der liberalen Rechten gebe, die sich bei der Regierungsarbeit ablösten.

„Der Staat wird alles zurückbekommen“

Bereits 2008 gab es eine Bewegung gegen Ben Ali, die aber vom Staat unterdrückt werden konnte. Einer der Hauptunterschiede sehen die tunesischen Anarchist_innen darin, dass 2010 die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi nicht ein auf die isolierte Stadt Sidi Bouzid beschränk-

tes Ereignis blieb, sondern dass sich die Nachricht davon via alternativer Medien verschiedenster Art in kürzester Zeit in ganz Tunesien verbreiten konnte. Aus der Eigenperspektive der Aktivist_innen spielt also Facebook und andere soziale Medien schon eine Rolle, im Gegensatz zu den Berichten der westlichen Medien allerdings nur als Informationsquelle.

Mittlerweile festigt sich die Meinung, dass das System nicht mit den eigenen Waffen zu schlagen sei, da es die Kontrolle über



„L'état va récupérer tout“ – Tunis Ende März nach dem Anschlag im Bardo-Museum

Medien, Geld und Wahlen habe. Eine mögliche Lösung ist der Direktkontakt zu Menschen, die in sozialen Kämpfen stehen. Einer drückte es so aus: „Es ist wichtiger, im Kontakt mit den Frauen im Landesinneren zu stehen, als das Spektakel des Weltsozialforums zu geniessen.“

Die Ablehnung der Mitarbeit in den staatlichen Strukturen ist aber nicht auf die Anarchist_innen beschränkt, die meisten der jungen Aktivist_innen in den sozialen Bewegungen lehnen die politischen Parteien ab. Doch der Staat und die staatlichen Akteur_innen ruhen nicht, es seien bereits Prozesse im Gang, um die Kontrolle wiederzuerlangen. „Der Staat wird alles zurückbekommen“, befürchtet der Aktivist aus Sidi Bouzid, ein Beleg dafür sei der vor kurzem aufgetauchte Wahlslogan „Wir werden siegen!“

Möglich wird das Wiedererstarken des Staates auch durch das Abflachen des konstanten Drucks der Strasse. Wohl ent-

täuscht vom Ergebnis der Revolution – (fast) der gleiche Staat einfach ohne Ben Ali – liess der Aktivismus nach. In diesem Zusammenhang stellen sich die tunesischen Anarchist_innen durchaus selbstkritisch die Frage, wie es dazu kam, dass vor allem die jungen Männer sich nach der revolutionären Bewegung 2011/12 dem Salafismus, anstatt dem Anarchismus oder anderen emanzipatorischen Bewegungen zuwandten: „Dass diese Jungen Djihadis und Salafisten wurden, ist auch unsere

Schuld, da wir uns nicht um diese Leute kümmerten – die Freiheit muss kultiviert werden.“

Eine der möglichen Antworten auf diese schmerzende Frage ist, dass die Salafist_innen in den ärmeren Quartieren präsent waren und die Jugendlichen abholen konnten, indem sie ihnen Beschäftigung, Gemeinschaft und praktische Hilfe wie Nahrung boten. Die anarchistische Bewegung habe sich

vor allem im Zuge der zunehmenden Repression eher auf sich selber konzentriert, anstatt in den Vierteln aktiv zu werden und zu bleiben. Vor allem auch, weil es in Tunesien mit Spektakel nicht gemacht sei. Der Polizeiapparat habe Übung und Erfahrung in der Repression gegen Demonstrationen. Notwendig sei der langfristig gedachte Aufbau sozialer Bewegungen

UGTT: Mediatorin für den Staat

Der Gewerkschaftsbund UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) ist historisch eng mit dem tunesischen Staat verbunden. Die Unabhängigkeit von Frankreich wurde massgeblich durch die Gewerkschaftsmitglieder vorangetrieben, vor allem die höheren Kader sehen sich sowohl unter Ben Ali als auch heute noch

(weiter auf Seite 10)

We are getting old

Or obsolescence of classic methods of protest

The enemy is not where it was, the palaces of the old powers no longer host the true domination which now emerges as other sophisticated forms of power. It becomes clear that the evaluation of classic forms of protest ought to be strict: What is generally taken as demonstration or strike becomes in many cases an useless “vacuum packed” example of pre-programmed and domesticated form of protest.

The old narrative would depict the eternal fight between bourgeoisie and workers as the structural foundations of the capitalist society. This rigid vision disregards the complexity of modern societies. Now, Differences in social status develop gradually, establishing a distribution whose two opposite extremes remain isolated, but still apparently allowing mobility within a wide intermediate range, and eventually between any two adjacent social positions. Now, the main characters of the scenario in force are substantially different. The slave is an alienated producer-consumer living in constant confrontation against other equally precarious workers, and the new oppressors are several. Some of them are totally absent in the daily life of the workers, like the global economic powers licensed to determine the disappearance or prevalence of an entire productive sector. Some others are present in the worker’s daily life, like competition and illusory social promotion. Enemies and battlefields get blurry and become difficult to identify. It is in this novel context that the classic strategies are to be analyzed.

The officially organized demonstration is frequently called by mega-platforms, this involving the the suppression of individual claims’ visibility. In addition, the expected deployment of police forces is adjusted to a pre-established route with well set limits while, at the same time, temporal extension & magnitude of the protests also have marked boundaries, which are rarely or never surpassed. Social peace therefore remains intact.

Generally, the strikes of the contemporary western world have a highly debatable strategic value, for they never imply a full stop of neither one or all the sectors. More so, the time-window for the reduction of production and services is tightly defined upon agreement. Therefore, the impact of strikes

on companies’ benefits or state’s coverage of basic needs is predictable and minimal, this leading to a loss of the strike’s capability for exercising any pressure. Even upon articulation of a long-lasting strike imposing pressure on public and manufacturing sectors, we would still be facing the possibility of offshoring in a globalized economic framework, this generating a vast volume of unemployment. In fact, a global framework forces us into the dilemma „Who’s able to put pressure on whom?“. However, this mobilizations cannot be categorically rejected, exceptional cases illustrate the high strategic value of some lately happened strikes during



Asturian miners use fireworks to protect their picket lines from an offensive of police forces.

which the regular functioning of the state was threatened (France: Normandy, refinery workers 2013; Spain: Air controllers of the main airports 2010).

I consider that the way to go is to experiment and to build. Illegal demonstrations are interesting alternatives because, in contrast to their aforementioned counterparts, they are sharp breakers of the social peace. Recent illegal protests arisen as a necessary reply to specific repressive incursions have nourished to some extent on on-line platforms and have been associated with an outstanding surprise factor. Their success showing that mobilizations planned from assemblies, debates or conversations and coordinated short time in advance, despite lacking a clear group of organizers, can have a notorious impact. Furthermore, they are a reliable messenger of people’s aspirations, becoming specially

meaningful as constantly present element of our streets (Spain: Asturias, miners 2013 & Burgos, urban workers 2014) or as standard implementation of solidarity movements (follow-up protests in the rest of the Spanish state). Nevertheless, in the light of its particular circumstances, any conflict should account for the dangers of isolated displays of illegality, which can serve as nothing but a field-training session that effectively contributes to the learning process of the repressive forces. Even the most unadulterated, spontaneous, and illegal forms of protest are to be mercilessly questioned if, along the days that follow them, everything is to remain unchanged, or worsened.

The daily-basis work as an exercise of direct action and horizontal organization comprises an enriched range of revolutionary struggles. Despite having a limited extension, sustained effort through local self-managed projects have been able to provide coverage of basic demands (Athens, communal cooking 2010-2014), bypassing the state in this way. The impact of such initiatives is to be noted because of a key strategical advantage: While a large-scale coordinated effort is required for a strike to ballast some of the state’s functions, sustained effort can locally (and directly) take over these functions, evidencing the uselessness of the state and facilitating reliance between neighbors. Anyhow, we are to be keen-sighted to not omit the great risks of small collaborative projects, specially those related to acceptance and visibility. The obvious presence and thorough acceptance of classic strikes in society is very difficult to be achieved by alternative projects which are generally unpopular and too often enclosed by the walls of the subculture. **U.**

65-day-strike in Mauretanian mines

3’800 of 4’500 miners of the para-statal mine company walked out of the pits for 65 days in order to push the company to follow a contract due to be implemented last october. The strike is one of the longest and most massive ones in the history of the african country. Miners saw support from other workers as well as by women. One of the activist saw the strike and the contract negotiated on April 2 as „rather a success“. **smf**

„Freiheit“ (von Seite 8)

als Vermittler des Staates. Die Nominierung der UGTT für den Friedensnobelpreis zeugt davon: Die UGTT habe sich nach der Revolution vorbildlich für den Dialog zwischen gegensätzlichen Blöcken – den religiösen und den säkulären – eingesetzt und so ermöglicht, dass die neue Verfassung von beiden Seiten akzeptiert wurde.

Für die Anarchist_innen ist die UGTT eine von mehreren klassischen Bürokratieorganisationen, in denen Marxist_innen an Posten kleben. Das Bild der UGTT hat sicherlich auch mit der Reaktion auf einen Hungerstreik Erwerbsloser gelitten: In Gabès befinden sich Erwerbslose seit Anfang März im Hungerstreik, ohne durch die Gewerkschaftsbürokratie der UGTT oder der Union des Diplômés Chômeurs (UDC) Unterstützung zu erhalten. Die Hungerstreikenden sind Hochschulabsolvent_innen und waren Aktivist_innen während der Revolution 2011. Deswegen wird ihnen die Teilnahme an einer Prüfung verwehrt, welche Voraussetzung ist, um eine staatliche Stelle zu ergattern. Alternativen ausserhalb des Einflussbereichs des Staates gibt es für Akademiker_innen so gut wie keine. Die UGTT unterstützt die Hungerstreikenden wohl unter anderem deswegen nicht, weil Arbeitslose nicht Mitglieder des Gewerkschaftsbundes werden können.

Gleichberechtigt benachteiligt

Seit der Unabhängigkeit 1956 sind die Frauen in der Verfassung weitgehend gleichgestellt – sie dürfen also unter anderem wählen und sich scheiden lassen. In der nachrevolutionären Verfassung wurde zusätzlich auch das islamische Erbrecht, welches Söhne bevorzugte, abgeschafft und eine Frauenquote in Gemeindeparlamenten eingeführt. Trotzdem ist die Situation der Frauen im Hinterland in der Region um Sidi Bouzid katastrophal und wurde durch die Revolution auch nicht besser: Unter dem Ben-Ali-Regime gab es etwa eine Frauenhilfe, über welche zum Beispiel Nahrungsmittel verbilligt bezogen werden konnten. Seit der Revolution ist diese Hilfe weggefallen, die entstandene Lücke versucht nun die Frauenbewegung zumindest in Ansätzen zu füllen.

Sidi Bouzid ist umgeben von Bergen und weit weg von der Küste, wo die anderen grösseren Orte liegen, und damit isoliert. Die gutbezahlten Jobs in der Industrie und der Tourismusbranche befinden sich in der Küstenregion und auf den tunesischen Inseln. Die Folge ist, dass in einigen Regionen so gut wie keine Männer zu sehen sind, da sie alle in die wirtschaftlich bessergestellten Regionen zogen, um dort Jobs zu suchen. In den abgelegenen ländlichen Regionen bleiben Kinder, Frauen und Alte zurück, die ganze Arbeit ruht also auf den Schultern der Frauen. Deren Realität besteht, da die Frauen viel schlechter bezahlt werden, aus 12-14 Stunden langen Arbeitstagen auf den Feldern, für die sie ungefähr 8 Dinar bekommen (ca. 4.50 CHF), von denen sie jeweils 2 Dinar für Transport und Essen

und den ruralen Regionen katastrophal. In manchen Orten besteht die einzige medizinische Versorgung aus Pflegerinnen, welche in verschiedenen Orten jeweils zwei Tage in der Woche alleine eine kleine Klinik betreiben. Die Frauenbewegung schätzt, dass in Tunesien etwa 104 Frauen pro Woche vor allem im Kindsbett wegen mangelnder medizinischer Versorgung sterben.

Dazu kommt eine starke Benachteiligung der Frauen vor allem aus religiösen Vorstellungen: Viele Frauen haben von sich das Gefühl, sie seien minderwertig. Hier versucht die Frauenbewegung anzusetzen und organisiert verschiedene Projekte, die von den Frauen selbst organisiert und verwaltet werden, um ihnen ihre eigenen Fähigkeiten zu vergegenwärtigen. In diesem Rahmen entstand etwa eine Galerie, welche regelmässig von den Frauen ge-



unterwegs wieder ausgeben müssen. Nachdem die Frauen von vier Uhr früh bis in die frühen Abendstunden gearbeitet haben, müssen sie noch die Hausarbeit erledigen.

Für den bis zu 70 Kilometer langen Transport zu den Feldern sind die Frauen auf private Pickups und Lastwagen angewiesen, da ein öffentliches Verkehrssystem auf dem Land so gut wie inexistent ist. Diese Gefährte, eigentlich für den Transport von Wasser und Öl unterwegs, haben ungefähr 15 Sitzplätze, transportieren aber bis zu 40 Menschen, um mehr Geld zu verdienen. Unfälle mit den überfüllten Fahrzeugen gehören auf den schlechten Strassen schon fast zur Normalität.

Nicht nur der Transport, auch die Gesundheitsversorgung ist in Sidi Bouzid

machte Fotos ausstellt und verkauft und mit dem Gewinn die Frauenbewegung finanziell unterstützen kann.

smf

www.direkteaktion.org		Direkte Aktion
		[mehr als nur eine Zeitung]
	abonnieren? zeitung@faubern.ch	

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:
info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25



Der Lohn

Es gilt: zuerst die Arbeit, dann der Lohn. Es ist eine Auszahlung pro Stunde, Tag oder Monat möglich. Wenn ein Stundenlohn vereinbart wird, muss der Ferienanteil separat vom Bruttolohn ausgewiesen werden.

Mindestlohn

Es gibt keinen gesetzlichen Mindestlohn, aber es gelten folgende Regeln:

- In jedem Kanton gibt es „tripartite Kommissionen“, welche den Arbeitsmarkt beobachten und bei Missbräuchen (z.B. zu tiefen Löhnen) aktiv werden. Informationen geben kantonale Wirtschaftsdepartemente (z.B. in Bern das Beco).
- In den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) werden oft Mindestlöhne festgelegt (z.B. Bau, Gastgewerbe, Reinigung), ebenso in Normalarbeitsverträgen (NAV, z.B. Hausangestellte).
- Frauen und Männer müssen für gleichwertige oder gleiche Arbeit denselben Lohn erhalten.
- Die Mindestlohninitiative ist an der Urne zwar gescheitert, aber Löhne unter 12x4000.- (weniger als 22.-/Stunde) sind extrem tief.

Nützliche Adressen:

Berechnung branchenüblicher Löhne unter:
www.lohn-sgb.ch, www.gav-service.ch oder
www.lohngleichheit.ch

Lohnabzüge

Folgende Lohnabzüge müssen **obligatorisch** vom Bruttolohn abgezogen werden:

- AHV/IV/EO 5.15%
- Arbeitslosenversicherung (ALV) 1.1%
- Unfallversicherung (UVG [BU/NBU]) 1.42-2%
- Pensionskasse (2. Säule) BVG je nach Kasse und Alter

ALV: 0.5% Abzug auf dem Teil des Einkommens zwischen 126'000.- und 315'000.-.

BU/NBU: je nach Branche und Geschlecht

Je nach Vertrag und Branche können zusätzlich folgende Beträge abgezogen werden:

- Krankentaggeldversicherung 0.5-2.1%
- Gewerkschaftsbeitrag 0.5-1% (In Branchen mit GAV)

Quellensteuer: abhängig vom Einkommen und familiären Pflichten, für alle Ausländer ohne Bewilligung C (Ausnahme: Ehegatten von Personen mit Bewilligung C oder SchweizerInnen)

Asylkostenabzug: auch **Sicherheitskonto** genannt; während dem Asylverfahren werden 10% vom Brutto-Lohn abgezogen und für allfällige Fürsorgekosten, Rückführungskosten, etc. reserviert. Wenn das Konto mindestens 12'000.- (Einzelperson) respektive 36'000 (Unterstützungseinheit, also Paare, Familien) enthält, kann beim BFM ein Antrag auf Befreiung des Abzugs gestellt werden. Eine Auszahlung der nicht verwendeten Überschüsse erfolgt frühestens 6 Monate nach abschliessender Beendigung des Asylverfahrens. Die gesamte Regelung gilt auch für Lehrlinge.

13. Monatslohn

Der 13. Monatslohn ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. Wo es ihn aber gibt, ist er ein fester Lohnbestandteil. Die Gratifikation ist eine freiwillige Leistung. Wenn sie regelmässig ausbezahlt wird, kann es aber aus Gewohnheitsrecht zu einem Anspruch kommen.

Teuerungsausgleich

Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten wird oft durch eine Anpassung der Löhne ausgeglichen. Allerdings besteht nur dann eine Verpflichtung, wenn dies im GAV oder im Arbeitsvertrag festgehalten ist. Einige GAV erlauben es den Arbeitgebern, je nach wirtschaftlicher Situation nur einen Teil des Teuerungsausgleichs weiterzugeben oder mit Verweis auf eine angespannte wirtschaftliche Lage de facto Löhne zu kürzen (Krisenartikel).

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch

Auflage: 500
Konto: 30-276725-1

erscheint 6-mal jährlich (Änderungen vorbehalten)